„Das Kausalgesetz der Weltgeschichte" den Weltkrieg vorausgesagt. Damals habe er geschrieben, Deutschland stehe vor einem Weltkrieg, der ein Aushungerungskrieg sein werde und durch ein Attentat ausgelöst werde. Oesterreich werde zerfallen, ebenso Ungarn, und es werde eine Revolution geben, so gewaltig wie die französische. Deutschland stehe aber vor seiner Kulmination.

Es könnten nun viele behaupten, daß die Revolution in Deutschland gar nicht so schwer gewesen sei. Dem sei aber entgegenzustellen, daß wir erst am Vorabend der Ereignisse ständen, und daß der eigentliche Bürgerkrieg erst beginnen würde. Wenn man behaupte, daß in Deutschland jetzt alles in bester Ordnung sei, und daß durch das gleiche Wahlrecht und den Stimmzettel der Wille der Mehrheit vollkommen zum Ausdruck kommen könne, so sei demgegenüber zu erwidern, daß Geschichte niemals mit einer Mehrheit gemacht würde, sondern mit Maschinengewehren, und daß nur der zum Erfolg komme, der den Mut zum Sterben habe.

Auf die Einzelheiten seiner Forschungen und auf die Begründung seiner Theorien eingehend, schilderte Dr. Kemmerich zunächst das System eines Kollegen, Freiherrn Friedrich von Stromer-Reichenbach, der an Hand von 60 000 Geschichtszahlen den Nachweis erbracht habe, daß sich die historischen Ereignisse innerhalb eines Landes in annähernden Zwischenräumen von 300 Jahren wiederholten; so z. B. Revolutionen in Böhmen 1318, 1618 und 1918. Dieses Gesetz bezeichne er als den „inneren Parallelismus der Geschichte". Neben diesem gebe es noch einen extremen Parallelismus, und zwar in der Weise, daß sich die Geschichte der europäischen Staaten im Abstand von 150 Jahren folge. Wenn sich interner und externer Parallelismus schnitten, müßten die Ereignisse wiederkehren. Die Geschichte habe auch bewiesen, daß jedes Land nach einer totalen Revolution Vormacht werde, z. B. England und Frankreich, nicht aber Italien, das nur Teilrevolutionen gehabt habe.

Ohne die Stichhaltigkeit dieser Theorie zu untersuchen, wollen wir in aller Kürze noch das referieren, was Kemmerich über Deutschlands nächste Zukunft sagt, zumal da die größere Zahl der Leser Gelegenheit haben wird, selbst nachzuprüfen, inwieweit die Prophezeiungen eintreffen.

Die Probleme der Tradition und der Republik — so sagte Dr. Kemmerich — stehen sich heute feindlich gegenüber. Es ist nun noch niemals vorgekommen, daß die Junker sich ohne Schwertstreich die Macht haben aus den Händen reißen lassen — also werde auch in Deutschland die Reaktion sehr bald einsetzen, der Berliner Zentralismus und das Gesetz zum Schutze der Republik werden den Anstoß geben. Ein Monarch werde auf den Thron gesetzt werden, aber der linksradikale Terror werde bald die Macht gewinnen und der Monarch werde auf dem Schafott enden. Die Kämpfe würden nicht so heftig sein, wie bei der Revolution, aber aus den Reihen der Linken werde ein Napoleon hervorgehen; kein Verkünder einer neuen Idee, sondern der geistvolle Träger einer alten Lehre, der Deutschland außenpolitisch zu einer ungeahnten Höhe führen werde. Diese Entwicklung werde noch dadurch erleichtert, daß durch den Aufstand der farbigen Völker von Marokko bis zum Ganges der Weltkrieg noch jahrelang anhalten werde und bei außenpolitischer Entspannung Deutschland sich innerpolitisch entwickeln könne. Gegen 1940 würden die letzten Kämpfe der Revolution beendet sein.

Ueber die wirtschaftliche Entwicklung glaubte Kemmerich nicht viel voraussagen zu können. Wahrscheinlich werde die Grundrente, sicher aber nicht das Kapital beseitigt werden, es werde vielmehr zu starker Kapitalanhäufung in den Händen einzelner kommen. Das Ende der Entwicklung werde die Wiedereinsetzung einer repräsentativen Monarchie nach dem Muster Englands sein. Deutschland werde dann etwa 150 Jahre die Vormachtstellung behalten und von Rußland abgelöst werden. In diesem Land werde der Kommunismus schon in wenigen Monaten erledigt sein, ein neuer absoluter Monarch kommen und das Reich, namentlich auf dem Gebiete der Wissenschaften, in Europa eine Machtstellung erreichen.

Es ist gewagt, Prophezeiungen zu machen, deren Erfüllung schon in so naher Zukunft liegt. Der Redner macht sie aber mit einer Bestimmtheit, die ihm sicherlich viele Zuhörer gewonnen hat. Aber gerade darin liegt das Bedenkliche seiner Weissagungen. Denn, mögen sie sich bewahrheiten oder nicht, sie lähmen in jedem Falle bei denen, die an sie glauben, die Entschlußkraft, den Willen zur Tat; sie verleiten zum Fatalismus. Den aber können wir jetzt weniger denn je brauchen. Wie die Zukunft sein wird, wissen wir nicht, aber wenn wir wollen, daß sie besser werde als die Gegenwart, dann müssen wir uns kräftig rühren, im privaten wie im öffentlichen Leben, in Wirtschaft und Politik.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Finanzierung der Wohnungsbauten. Zur Prüfung der Fragen, wie der Wohnungsbau weiterhin zu finanzieren ist, und welche Maßnahmen erforderlich sind, um eine sparsamere Verwendung der öffentlichen Mittel für den Kleinwohnungsbau zu sichern, hat dieser Tage ein vom Wohnungsausschuß des Reichstags eingesetzter Unterausschuß getagt. Zu den Beratungen waren außer den beteiligten Dienststellen Sachverständige aus den in Betracht kommenden Kreisen des Wohnungswesens und der Baustoffwirtschaft herangezogen. Nach eingehenden Beratungen hat der Unterausschuß sich dahin entschieden, daß an der Finanzierung des Wohnungsbaues in der bisherigen Weise grundsätzlich festzuhalten und hierzu die Wohnungsabgabe als hauptsächlichste Kapitalquelle weiter auszubauen sei unter möglichster Wahrung der sozialen Gesichtspunkte. Die Mehrheit der Ausschußmitglieder war der Ansicht, daß die bisherige Bewirtschaftungsform des Wohnungswesens beibehalten werden müsse. Auch die Frage, in welchem Umfange noch vorhandener Raum zum Ausbau von Wohnungen herangezogen werden kann, wurde untersucht. Eine besonders eingehende Aussprache fand über die Fragen der Baustoffwirtschaft statt, vor allem darüber, wie von Verbraucherkreisen auf die Herstellung, Verteilung und Preisgestaltung der Baustoffe Einfluß gewonnen werden könnte. Das Ergebnis der Beratungen des Unterausschusses soll zunächst dem Wohnungsausschuß des Reichstags vorgelegt werden, der dann darüber Beschluß fassen wird, welche Maßnahmen dem Reichstag zur Durchführung empfohlen werden können.

Die Landwirtschaft zu den Forderungen der Gewerkschaften. Die Vollsitzung des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft nahm zur Wirtschafts- und Ernährungslage und zu den Forderungen der Gewerkschaften eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: „Das Gesetz über die Getreideumlage ist in seiner jetzigen Form undurchführbar. Der Reichsausschuß fordert daher die Anpassung der Umlage an die tatsächlichen Verhältnisse und die Bewilligung eines ausreichenden, die neue Produktion sichernden Preises für Umlagegetreide. Den Ausgangspunkt kann nur der jeweilige Marktpreis bilden. Im ausgesprochenen Gegensatz zu den Forderungen der Gewerkschaften lehnt die Landwirtschaft nach wie vor ihre Zustimmung und Mitwirkung bei jeder irgendwie gearteten Form erneuter Zwangswirtschaft ausdrücklich ab. Sie hat sich immer wieder erboten, ihrerseits in freier Wirtschaft den Brotbedarf des Volkes zu sichern. Die Landwirtschaft steht in bewußtem Gegensatz zum Klassenkampf und sieht die Möglichkeit zu einer Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens allein in der Steigerung der Kraft des Bauernstandes und der Leistungsfähigkeit des deutschen Kulturlandes auf der Grundlage freier Wirtschaftsentfaltung und größter Intensität."

Das neue Sachleistungsabkommen. Zu dem gestern in der Presse veröffentlichten Abkommen zwischen den französischen Bauunternehmergruppen und der Leitung von Siemens-Gesellschaft wird uns vom Siemens-Konzern mitgeteilt, daß dieser mit der Leitung von Siemens-Gesellschaft weder direkt noch indirekt in irgendeiner Beziehung steht.

Die Verhaftungen in Hamborn. Die Agence Belge teilt aus Brüssel mit: Nach den über die Berliner Depesche wegen des Schrittes des deutschen Geschäftsträgers Dr. Landsberg beim Minister des Aeußern Jaspar eingezogenen Erkundigungen sind die Verhaftungen der deutschen Polizeibeamten in Hamborn von den belgischen Gerichtsbehörden der besetzten Gebiete verfügt worden, die die Untersuchung in dem Fall Graff führen, in dem es den deutschen Gerichtsbehörden bisher nicht gelungen sei, die Schuldigen zu verhaften.

Belgien.

Der Wiederaufbau Westflanderns. Wie „Veuple" mitteilt, sind gelegentlich der Eröffnung der landwirtschaftlichen Ausstellung in Ypern einige interessante Mitteilungen über den Wiederaufbau Westflanderns gemacht worden. Von den 312 000 Einwohnern, die die Gegend im Jahre 1914 zählte, seien gegenwärtig 266 000 zurückgekommen. Der Viehbestand habe sich im Jahre 1914 auf 18 500 Pferde und 166 000 sonstiges Vieh belaufen. Er betrage augenblicklich 14 000 Pferde und 67 000 sonstigen Bestand. Von den 126 000 verwüsteten Hektar würden in diesem Jahre bereits auf 120 000 Hektar Ernten erzielt und im nächsten Frühjahr werde das gesamte Land wieder bestellt werden.

Polen.

Freie Erfindung. Die Presseabteilung des Außenministeriums erklärt den von einer Berliner Zeitung veröffentlichten Marienbader Vertrag für eine freie Erfindung. — Es handelt sich um das Geheimabkommen zwischen Polen und der Kleinen Entente.

Rußland.

Die russisch-japanischen Verhandlungen. Aus Newyork wird berichtet: Anläßlich der Konferenz in Tschangtschun hat der Vertreter der Sowjetregierung Joffe der japanischen Regierung mitgeteilt, die Sowjetregierung werde den Handelsvertrag, über den gegenwärtig zwischen Tschita und Japan verhandelt werde, nicht eher anerkennen, als bis Japan Sibirien geräumt habe.

Bulgarien.

Die Versetzung der früheren Regierungen in den Anklagezustand. Wie die Bulg. Telegr.-Agentur meldet, hat der Ministerrat beschlossen, die Sobranje auf den 2. Oktober einzuberufen. Gegenstand ihrer Beratungen soll u. a. auch ein Gesetzesvorschlag betr. die Veranstaltung einer Volksabstimmung über die Versetzung der Mitglieder der früheren Regierungen in den Anklagezustand sein. — Die ehemaligen Minister, die in Tirnowo in Schutzhaft genommen worden waren, sind nach Sofia zurückgebracht und auf freien Fuß gesetzt worden.

Frankreich.

Der Kampf um den Achtstundentag. Wie die Pariser Blätter melden, hat der extremistische Verband der Grubenarbeiter sich zur Herstellung einer Einheitsfront zur Verteidigung des Achtstundentages und zur Bekämpfung der geplanten Lohnherabsetzungen an den reformistischen Verband der Grubenarbeiter zwecks eines gemeinschaftlichen Vorgehens gewandt.

Kunst und Wissenschaft.

Wochenspielplan der Sächsischen Staatstheater zu Dresden für die Zeit vom 24. September bis 2. Oktober 1922. **Opernhaus:** Sonntag „Die Walküre", 4½ bis nach 8½ Uhr. Montag „Die lustigen Weiber von Windsor", von 7 bis 9½ Uhr. Dienstag „Carmen", von 7 bis gegen 10½ Uhr. Mittwoch „Die Tote Stadt", von 7½ bis nach 10 Uhr. Donnerstag „Othello", von 7 bis nach 10 Uhr. Freitag „Madame Butterfly", von 7½ bis 10 Uhr. Sonnabend „Othello", von 7 bis nach 10 Uhr. Sonntag „Fidelio", von 7½ bis 10 Uhr. Montag „Orpheus und Eurydike", von 7½ bis nach 9½ Uhr. **Schauspielhaus:** Sonntag „Casantasena", von 7½ bis 10 Uhr. Montag „Schneider Wibbel", von 7½ bis nach 10 Uhr. Dienstag „Wilhelm Tell", von 7 bis 10 Uhr. Mittwoch „Improvisationen im Juni", von 7½ bis 9½ Uhr. Donnerstag für die Sonnabend-Abonnenten des 30. September „Schluck und Jau", von 7½ bis 10½ Uhr. Freitag „Zwei mal zwei ist fünf", von 7½ bis nach 10 Uhr. Sonnabend, außer Abonnement, zum ersten Mal „Hans von Huttens Buße", Anf. 7½ Uhr. Sonntag „Improvisationen im Juni", von 7½ bis 9½ Uhr. Montag „Gyges und sein Ring" von 7 bis 10 Uhr.

Handarbeiter und Kopfarbeiter reichen sich die Hand. Wie schon gestern kurz berichtet, berührte auf dem Naturforschertag in Leipzig am Mittwoch Geheimrat Dr. Wiener, Professor der Physik an der Universität Leipzig, in seiner Schlußansprache das Verhältnis zwischen Hand- und Kopfarbeitern. Wir geben aus der Rede noch die folgenden Stellen wieder: „Das Ministerium hat, was bisher auf Naturforscherversammlungen noch nicht üblich war, einen besonderen Empfang in den Räumen der Universität veranstaltet. Es ist ja bekannt, daß unsere Herren Minister, die uns so gastlich empfangen haben, aus dem Arbeiterstand hervorgegangen sind oder wenigstens die Arbeiterschaft vertreten und so müssen wir diese Kundgebung auffassen, als ob die Handarbeiter uns, den Geistesarbeitern, die Hand gereicht hätten. Wohlan, wir schlagen ein! Es wäre aber ein großer Irrtum, zu glauben, daß wir jemals die Handarbeit gering geschätzt hätten. Wer irgend in wissenschaftlichen Instituten verkehrt hat, der weiß, welch ein inniges Verhältnis zwischen Hand- und Kopfarbeitern dort herrscht. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß der aus dem Handwerk hervorgegangene Faraday vom Gehilfen eines Gelehrten sich zu einem der größten Forscher entwickelte. Aber wir brauchen bloß ein paar Jahre zurückzudenken, so konnte der Eindruck entstehen, daß unsere Arbeit für nichts mehr gilt, und es bestand die Gefahr und vielleicht ist sie auch heute noch nicht ganz beschworen, daß, wenn unter dem Einfluß des Scheinfriedens von Versailles weitere Verwicklungen entstehen, die Führer der Wissenschaft, Technik und Industrie wie in Rußland verschwinden. Dann würde aber nicht nur diese Führerschaft verschwinden, sondern vielleicht noch neun Zehntel der ganzen Bevölkerung. Wir würden aus einem Sechzigmillionenvolk, wie die russischen Erfahrungen lehren, zu einem Volke von wenigen Millionen werden, wie nach dem Dreißigjährigen Kriege. Wenn es den Führern gelingt, auch die Arbeiterschaft davon zu überzeugen und sie zu bewegen, sich in unsere Hörsäle als Schüler zu setzen, dann brauchen wir nicht zu verzagen; dann ist Unendliches gewonnen. Dann werden wir ein einiges Volk. Entgegen dem, was Spenglers Untergang des Abendlandes zu lehren scheint, muß ich feststellen, daß wir noch ein junges Volk sind, das freilich noch nicht alle Kinderkrankheiten überstanden hat. Aber wir haben die Zwietracht der Stämme überwunden, wir haben die Zwietracht des Glaubens überwunden, und wir werden auch die Zwietracht der Berufsklassen überwinden; dann erst werden wir wirklich ein großes Volk."

Vereinigung der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Dozenten. Wie der „Berliner Lokalanzeiger" aus Kassel meldet, wird heute in Eisenach die Gründung einer Vereinigung der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Dozenten Deutschlands erfolgen. Zu diesem Zwecke haben sich fast alle bedeutenden Nationalökonomen der deutschen Hochschulen in Eisenach eingefunden. Es soll ferner eine Neuordnung des Promotionsrechtes in der Nationalökonomie besprochen werden.

Anläßlich der Hundertjahrfeier der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Aerzte wurde am Donnerstag vormittag im Botanischen Institut der Universität Leipzig eine Bronzeplakette des Botanikers Wilhelm Pfeffer enthüllt, unter dessen Führung die Deutsche botanische Wissenschaft ihre beherrschende Stellung in der Welt errungen hat. In der gemeinsamen Sitzung der chemischen Abteilungen, die sich mit den Beziehungen der physikalischen Chemie zu anderen Naturwissenschaften befaßte und von Wilhelm Ostwald mit einem Vortrage über die messende Farbenlehre eingeleitet wurde, sprach der berühmte schwedische Chemiker Svante Arrhenius-Stockholm über physikalische Gesetzmäßigkeiten bei kosmisch-chemischen Vorgängen, wobei er namentlich die Energiequellen für die außerordentliche Wärmeausstrahlung der Sterne behandelte. Hierauf hielt Professor Dr. Goldschmidt-Christiania einen Vortrag über den Stoffwechsel der Erde und kam zu dem Ergebnis, daß der Stoffwechsel der Erde zu einer ständig fortschreitenden chemischen Differenzierung des Erdballs führt.

Volkswirtschaftliches.

Dresdner Schlachtviehmarkt am 21. September. Auftrieb: 1. Rinder: 8 Ochsen, 14 Bullen, 6 Kalben und Kühe; 2. 480 Kälber; 3. 5 Schafe; 4. 127 Schweine. Preise in Mark für Lebend- und Schlachtgewicht: Rinder: Preise wie am Montag. Kälber: 1. Doppellender —, 2. beste Mast- und Saugkälber 9100 bis 9300, D. 148,50, 3. mittlere Mast- und gute Saugkälber 8700 bis 8900, D. 146,75, 4. geringe Kälber 7800 bis 8200, D. 145,50. Schafe: Preise wie am Montag. Schweine: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1¼ Jahr 15 400 bis 15 600, D. 198,75, 2. Fettschweine —, 3. fleischige 13 500 bis 14 500, D. 186,75, 4. gering entwickelte 11 500 bis 12 500, D. 171,25, 5. Sauen und Eber, D. — Durchschnittspreis pro Pfund. Tendenz des Marktes: Schlecht.

Die Reichsbank hat den Wechseldiskont von 7 auf 8%, und den Lombardzinsfuß von 8 auf 9%, erhöht.

Der Zinsfuß der Darlehnskassen des Reiches ist gestern entsprechend der Erhöhung des Reichsbankdiskonts um 1% heraufgesetzt worden und beträgt bis auf weiteres allgemein: für sogenannte Vorzugsdarlehen 8¼%; für Darlehen gegen Verpfändung festverzinslicher Wertpapiere einschließlich der unverzinslichen Schatzanweisungen 8½% und für Darlehen gegen Verpfändung von Waren, Aktien und dergleichen 9%.

Die Zinssätze der Reichsbank bei Abgabe von unverzinslichen Reichsschatzanweisungen sind entsprechend der Erhöhung des Reichsbankdiskonts durchweg um 1% heraufgesetzt worden und betragen für Nichtbankiers bis auf weiteres: 7½% auf Schatzanweisungen mit 14 bis 29tägiger Laufzeit, 7 11/16% auf Schatzanweisungen mit 30 bis 90tägiger Laufzeit, 7 9/16% auf Schatzanweisungen bei Schlüssen von mindestens 5 Millionen, 7½% auf Schatzanweisungen bei Schlüssen von mindestens 15 Millionen, 7½% auf Schatzanweisungen mit 10 bis 18 Monate Laufzeit.

Der Deutsche Einzelhandel zur Preistreibereiverordnung. Am 20. September 1922 hielt die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels als Spitzenorganisation der Reichsfachverbände, der Landes- (Provinzial-) Verbände, der Reichswirtschaftsverbände und der Arbeitgeberverbände des Einzelhandels in Berlin eine aus allen Teilen Deutschlands besuchte Ausschußsitzung ab. In derselben entlud sich die Erregung des deutschen Einzelhandels über die Handhabung der Preistreibereiverordnung. Nach langen Verhandlungen gelang es, eine Entschließung zur einstimmigen Annahme zu bringen, nach welcher für den Einzelhandel als wesentlichen Faktor der Volkswirtschaft die Erhaltung der Substanz seiner Betriebsmittel eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit ist. Der durch marktgängige Angebote zweifelsfrei feststehende Wiederbeschaffungspreis müsse die Grundlage des Verkaufspreises bilden. Der Ausschuß befaßte sich auch mit der Frage nach der Zweckmäßigkeit eines öffentlich-rechtlichen Charakters seiner Berufsorganisation und weiterhin mit der Fakturierung in Auslandswährung.

Das Goldzollaufgeld. Für die Zeit vom 27. September bis einschl. 3. Oktober beträgt das Goldzollaufgeld 34 400 %.

Ueber Veränderungen im Berliner Börsenverkehr wird den Berliner Zeitungen mitgeteilt: Vor einiger Zeit hatte der Minister für Handel und Gewerbe beim Berliner Börsenvorstand angeregt, eine sachliche und räumliche Trennung der bisherigen Abteilungen der Wertpapierbörse, der Produkten- und der Metallbörse in Erwägung zu ziehen, damit den Bedürfnissen der einzelnen Abteilungen besser als bisher Rechnung getragen werden könne. Die Beratungen des Börsenvorstandes haben ergeben, daß eine räumliche Trennung gegenwärtig nicht durchführbar erscheint. Hingegen ist beschlossen worden, daß in der jetzigen Organisation eine Aenderung vorzunehmen ist insofern, als die Zulassung nicht mehr zur Börse allgemein erfolgen soll, sondern nur zu derjenigen Abteilung, auf deren Besuch der Betreffende angewiesen ist. Die bisher zugelassenen Besucher gelten als zu der Abteilung zugelassen, in der sie bisher das Wahlrecht ausgeübt haben. Wünschen sie ihre Zulassung zu einer anderen oder weiteren Abteilung, so ist dazu ein besonderer Beschluß notwendig. Eine Ausnahme ist für den Edelmetallmarkt gemacht worden, dessen Interessenten auch zur Wertpapierbörse zugelassen werden. Der Börsenvorstand hat auch die Frage geprüft, welche Maßnahmen getroffen werden könnten, um den spekulativen Notenhandel durch Selbsthilfe der Börse einzuschränken.

Deutschlands Saatenstand Mitte September. Die Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats schreibt: Die Hoffnung, daß trockenes Wetter im September die Bergung der Getreideernte und der Nachmahd ermöglichen und die Kartoffelernte begünstigen möchte, hat sich leider nicht erfüllt. Auch in der Zeit von Mitte August bis Mitte September herrschte in den meisten Gegenden Deutschlands kühles und regnerisches Wetter. Die Getreideernte hat infolgedessen noch nicht überall beendet werden können, insbesondere steht Hafer noch häufig auf dem Felde. Ebenso hat man die Kartoffelernte vielfach noch nicht in Angriff nehmen können, und die Bestellung der Wintersaaten ist völlig im Rückstande. Nicht weniger als 60 Prozent der Berichterstatter teilen mit, daß die Bestellung der Wintersaaten noch nicht begonnen habe, gegenüber 40 Prozent im Vorjahre. Wenn auch nach den bisher vorliegenden Schätzungen die Kartoffelernte der Menge nach erheblich größer sein wird als im Vorjahre, so besteht doch die Gefahr, daß die Knollen bei der andauernden Nässe faulen.

Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft. Die Lagerei-Berufsgenossenschaft, der gesetzliche Träger der Reichsunfallversicherung für den gesamten deutschen Großhandel mit Einschluß des Spedition- und Lagergewerbes, hat mit Genehmigung des Reichsversicherungsamts den Namen Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft angenommen.